

verletzt. Wir müssen aushalten, dass nachmittags Kinder laut spielen und nachts Jugendliche feiern wollen. Fahrradfahrer müssen aushalten, dass Autos auf den Straßen dominieren, und Autofahrer müssen aushalten, dass die Fahrradfahrer mehr werden und das ändern wollen. Wir müssen damit leben, dass es Künstler gibt, die mit Tierblut hantieren oder auf der Bühne kopulieren, und dass manche Kunstkritiker das für besonders avantgardistisch und andere für eine Schweinerei halten. Wir müssen aushalten, dass es in Deutschland zu jedem Thema Hunderte von Meinungen und achtzig Millionen Bundestrainer, Musikexperten und Literaturkritiker gibt. Sozialromantiker müssen aushalten, dass nicht jeder aus Elend und Armut Befreite die gewonnene Freiheit mit der Lektüre von Juli Zehs neuestem Roman verbringt, sondern mancher es vorzieht, Deutschlands Ruf am Ballermann zu festigen. Wir müssen aushalten, dass das Verfassungsgericht die Meinungsfreiheit schützt und das NPD-Verbot kippt, auch wenn es vielen wehtut, dass es in Deutschland nach der NS-Zeit wieder rechtsextreme und rassistische Parteien gibt.

Wie schmerzhaft das sein kann, habe ich selber schon erfahren. Als ich am Europatag 2019 mit meinen Parteifreunden Wahlkampf für die bevorstehende Europawahl machte, stellte sich die NPD mit einem eigenen Zelt auf den Marktplatz, neben die Zelte von CDU, SPD, Grünen und FDP und den Stand der EU-Kommission, die sich dort präsentierten. Wir Demokraten schauten uns an und wussten: Wir verabscheuen diese Leute, doch man kann es ihnen nicht verbieten. Dann aber wurde es plötzlich laut. Eine Gruppe vermummter »Autonomer« marschierte auf, positionierte sich ganz nah, wirklich nur Zentimeter, vor die NPDler und brüllte ihnen etwa eine Stunde lang ins Gesicht: »Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda!« Das war verbale Gewalt. Die Autonomen veranstalteten eine Art Mini-Weimar: Linksextreme im Kampf gegen Rechtsextreme, einander auflauernd und jede Gelegenheit nutzend, aufeinander loszugehen.

Diese schwarz Maskierten waren nicht bereit zu akzeptieren, dass im Rechtsstaat Gerichte darüber entscheiden, wo die Grenze der Meinungsfreiheit liegt. Wenn das Verfassungsgericht sagt, die NPD habe ohnehin keine Chance, mit ihren verfassungsfeindlichen Absichten jemals erfolgreich zu sein³, dann müssen wir ertragen, dass die NPD ein Zelt neben uns aufstellt. Das schmerzt. Das ist Freiheit als Zumutung. Aber es ist der richtige Weg. Denn was haben die Linken erreicht? Anstatt der NPD zu schaden, haben sie ihr geholfen: Am nächsten Tag berichteten die Zeitungen über die Show der Extremisten, Werbung für die NPD inklusive. Von den proeuropäischen, demokratischen, von links bis rechts ausdifferenzierten Positionen der anderen Parteien wurde kaum Notiz genommen. Für das ehrenamtliche europäische

Engagement ganz normaler Christ- und Sozialdemokraten, Grüner und Liberaler, der weitaus größeren Gruppe an diesem Tag, war kein Platz mehr. So wurde die selbst ernannte Antifa unabsichtlich, aber doch absehbar, zum nützlichen Idioten und Helfer der Nazis.

Wir können solche Extremisten und ihre Anhänger nur politisch bekämpfen. Das gilt für alle Themen, die uns wichtig sind. Wir müssen aushalten, dass wir, wenn wir von etwas überzeugt sind, als Mittel der Politik nur den Weg haben, andere zu überzeugen. Wenn wir wollen, dass etwas wirklich wird, müssen wir mühsam Mehrheiten finden und dann im langsamen, nervenaufreibenden demokratischen Prozess Kompromisse aushandeln. Wir müssen die Enttäuschung darüber aushalten, dass diese Kompromisse oft nur ein schwacher Abglanz dessen sind, wofür wir gekämpft haben. Es gibt vielleicht kaum Personen, die das stärker zu spüren bekommen, als Politiker. Ich selbst hätte gerne mehr Wähler, die ihr Kreuz bei meiner Partei machen. Aber ich hätte auch gerne mehr Mitglieder innerhalb der Partei, die meiner Meinung sind. Am liebsten wäre mir eine Partei, in der alle meiner Meinung sind. Aber sie hätte nur ein Mitglied: mich. Der größte Preis, den wir dafür zahlen, frei zu sein, ist die Tatsache, dass die anderen auch alle frei sind.

Unfreiheiten

Was ist Freiheit? Alles und nichts. Eine Leere. Ein Raum unendlicher Möglichkeiten, der durch die Abwesenheit von Zwängen entsteht. Frei zu sein heißt nicht, dass ich etwas tue, sondern es heißt: Ich *kann* etwas tun. Es gibt nichts, was mich hindert. Diese Leere macht es nicht leicht, die Idee der Freiheit zu bestimmen, die philosophische und politische Literatur dazu füllt ganze Bibliotheken. Und doch beschreibt Freiheit zugleich ein Lebensgefühl, das auch all jene kennen, die eine solche Bibliothek nie von innen gesehen haben. So abstrakt sie als Idee ist, so konkret ist sie als Gefühl. Sie ist, wie der englische Philosoph John Stuart Mill es formuliert, der »erste und stärkste Wunsch der menschlichen Natur«. ⁴

Während der Corona-Beschränkungen, die im März 2020 erlassen und erst ab Mitte Mai vorübergehend aufgehoben wurden, kehrte sich das Bild der Gesellschaft auf eigentümliche Weise um. Wie bei einem Foto zeigte sich die Freiheit plötzlich in ihrem Negativabdruck. Auf einmal tauchten überall Schutzwände und -schirme aus Plexiglas auf. Wir sahen in verhüllte Gesichter, konnten die Mimik unserer Gesprächspartner bestenfalls erraten. Wir sahen leere Regale in und lange Schlangen vor Supermärkten. Die zeitweilige Toilettenpapier-Mangelwirtschaft erinnerte manche an das Leben in der

DDR. In Parks patrouillierten Ordnungsamt und Polizei, verscheuchten Teenager, lösten Rentnertreffs auf und verhängten Strafen. Wir durften nicht mehr reisen. Wer sich dennoch hier und da ein bisschen bewegte, musste sich vor Freunden, Verwandten und Nachbarn rechtfertigen.

Die meisten von uns haben darauf vertraut, dass die Beschränkungen wegen der Pandemie nur für begrenzte Zeit gelten würden. Es fiel uns schwer. Doch was wir als Ausnahme mehr oder weniger gefasst ertragen haben, war über die längste Zeit unserer Geschichte die Regel. Noch heute ist es in vielen Ländern der Normalzustand. Staatliche und mancherorts auch religiöse Institutionen überwachen und kontrollieren die Menschen, machen Vorschriften, beschneiden die Freiheit. Selbst bei uns hielten sich manche Verbote, die aus der Zeit staatlich-religiöser Kontrolle stammten, noch lange. Vermieter und Hoteliers, die ein Zimmer an ein unverheiratetes Paar vergaben, machten sich noch bis 1970 unter dem sogenannten Kuppellei-Paragrafen strafbar. Erst 1994 wurde der zu Bismarcks Zeiten eingeführte Paragraf 175 unseres Strafgesetzbuches endlich abgeschafft, der sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte. Das waren Verbotsrelikte einer Gesellschaft, die sich erst wenige Jahrzehnte zuvor befreit hatte.

Wie sich staatliche Kontrolle in einer unfreien Gesellschaft anfühlt, habe ich in jungen Jahren selbst erleben können. Es hat einen sehr starken Eindruck auf mich gemacht. Mein Vater wurde 1982 Kulturattaché an der Deutschen Botschaft in Moskau und hatte dort Kontakte zu Künstlern, Musikern und Dichtern. Boris Birger, ein Maler, wurde ein richtig guter Freund, er sprach sehr gut Deutsch. Ich durfte ihn kennenlernen, als ich in den Schulferien zu den Eltern in die Hauptstadt der Sowjetunion reiste. Wir besuchten Boris in seinem Atelier. Bevor er mit meinen Eltern sprach, machte er den Plattenspieler an, stöpselte das Telefon aus und schaute aus dem Fenster. Ich konnte mir keinen Reim auf dieses seltsame Verhalten machen, da klärte er mich auf: Er konnte in seinen eigenen vier Wänden nicht frei reden, auch nicht auf Deutsch. Das Telefon war verwandt, der Plattenspieler sollte die Gespräche für die Mikrofone in den Wänden übertönen, und draußen vor dem Fenster standen die Autos vom KGB, die meinen Vater bei jedem Besuch bei ihm verfolgten. Ich war sprachlos. Aus seinen klugen Augen den Jüngling betrachtend, erklärte er mir: »Tja, das ist der real existierende Sozialismus.« Seine feine Ironie hatte etwas Tragisches. Ausstellen durfte er, ein Freund Andrej Sacharows, seine Werke schon lange nicht mehr.

Wenn meine Eltern während dieser Moskauer Jahre vor Gorbatschow aus einem Urlaub zurückkamen, stand öfter mal demonstrativ ein vollgequarzter Aschenbecher in ihrer Wohnung. Den hatten die Leute des KGB zurückgelassen. »Offene Beschattung« nannte man das. Da sie der Einschüchterung diene, mussten die Beschatteten sie

bemerken, deshalb hinterließen die Geheimdienstler ganz bewusst sichtbare Spuren. Für meine Eltern war das nicht dramatisch, ihr Diplomatenstatus schützte sie. Aber für normale Bürger? Können wir uns vorstellen, dass eine Geheimpolizei während unserer Abwesenheit einfach so unsere Schränke, unsere Küche, unseren Schreibtisch und unsere Festplatte durchwühlt? Wir empfinden es zu Recht als einen massiven Angriff auf unsere Würde.

Der berühmte erste Satz des Grundgesetzes »Die Würde des Menschen ist unantastbar« enthält in seiner Kürze den Grund unserer Freiheit: Je freier, selbstbestimmter und unabhängiger ein Mensch sein Leben gestalten kann, desto mehr ist es ihm möglich, in Würde zu leben. Die wichtigste Begründung unserer Freiheit liegt daher in der Würde jedes und jeder Einzelnen. Auf der anderen Seite garantieren wir dem Einzelnen seine Freiheit, indem wir seine Würde schützen und respektieren.

Umgekehrt gilt dasselbe: Je unfreier der Mensch, desto stärker ist seine Würde angetastet. Wenn Menschen bestraft werden, weil sie einen Blog schreiben, beschneidet das ihre Freiheit. Wenn sie dafür zudem, wie der liberale Autor Raif Badawi in Saudi-Arabien, sogar ausgepeitscht werden, dann macht diese Strafe explizit deutlich, worum es wirklich geht: um die Zerstörung seiner Würde. Die Strafe sanktioniert dann nicht nur ein Handeln, das in einer freien Gesellschaft gar nicht strafbar wäre, sondern sie soll einen Ohnmächtigen demütigen und entwürdigen. Wenn eine Regierung Eltern verbietet, mehr als ein Kind zu bekommen, wie das die chinesische Regierung mit der Ein-Kind-Politik lange Zeit tat, nimmt sie ihnen etwas von ihrer Würde. Wenn eine Regierung ihre Bürger auch noch im Ausland unter Druck setzt, wie es die chinesische Regierung mit vielen im Ausland lebenden Chinesen tut, dann gibt es für sie keinen Ort auf der Welt, an dem sie leben können, ohne in ständiger Angst zu sein. Nicht zufällig hat sich der Arabische Frühling an einer einzigen, scheinbar harmlosen Demütigung entzündet: Ein Polizist gab einem Gemüsehändler in einer tunesischen Provinzstadt eine Ohrfeige. Das war entwürdigend. Heute ist Tunesien ein anderes Land.

Der große Unterschied

In der Geschichte der Menschheit gibt es kein Gesellschaftsmodell, das die Unverletzbarkeit der menschlichen Würde in so hohem Maße gewährleistet wie die freiheitliche Demokratie. Das gilt trotz aller Kritik an der liberalen Gesellschaft und ihren Schwierigkeiten. Die Kritik ist berechtigt, weil die liberale Gesellschaft immer wieder an ihren Ansprüchen scheitert. Ein bedeutender, vielleicht der wichtigste Unterschied zwischen liberalen und illiberalen Gesellschaften besteht aber eben darin,

dass Erstere Kritik zulassen (und zwar sowohl berechnete als auch unberechnete), während Letztere sie mit allen Mitteln unterdrücken. Viele, die in Russland oder China auf Missstände hinweisen, unterschreiben damit ihr Todesurteil. Anna Politkowskaja, Boris Nemzow, Natalja Estemirowa. Die Liste der Namen ist lang. Kritiker des Westens verweisen im Gegenzug gerne auf Fälle wie den des amerikanischen Whistleblowers Edward Snowden, der hochgeheime Daten des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes NSA preisgegeben und so dessen weltweite Überwachungspraktiken aufgedeckt hat. Ihm droht dafür in den USA nicht nur ein Gerichtsverfahren, sondern möglicherweise sogar die Todesstrafe. Doch ganz egal, ob man in seinem Fall Hochverrat sieht, wie es alle amerikanischen Regierungen seit Obama tun, oder vielmehr einen Bruch der liberalen Gesellschaft mit den eigenen Werten – gerade an solchen Fällen werden die Unterschiede zwischen den Systemen deutlich. Snowden wird *strafrechtlich* verfolgt, selbst wenn er in den USA zum Tode verurteilt werden würde, geschähe das durch ein ordentliches Gerichtsverfahren, in dem er sich unter Inanspruchnahme aller Garantien des Rechtsstaates verteidigen dürfte. Vor allem aber müsste er dazu erst einmal an die USA ausgeliefert werden, ein Verfahren würde sich vermutlich über Jahre hinziehen, und der Ausgang wäre keineswegs sicher, denn Snowden hat auch in den USA viele Unterstützer. Nicht wenige Meinungsmacher vertreten in angesehenen Publikationsorganen die Ansicht, dass nicht er, sondern die Geheimdienste amerikanisches Recht verletzt haben. Und so ist es keineswegs ausgeschlossen, dass die Haltung der amerikanischen Regierung eines Tages kippt. Die Dissidenten in autoritären Staaten haben keine Chance auf ein faires Verfahren, oft werden sie ohne jeden Prozess von Mördern einfach »beseitigt« und ihre Regierungen verfolgen sie auch dann, wenn sie ins Ausland flüchten. Der saudi-arabische Journalist Jamal Khashoggi – der sich, nebenbei bemerkt, nicht wie Edward Snowden in eine rechtliche Grauzone gewagt hat, sondern lediglich kritische Zeitungsartikel verfasste – wurde von saudischen Geheimdienstlern im Konsulat seines Heimatlandes in Istanbul ermordet. Die Mörder, staatlich organisierte Auftragskiller, zerstückelten und entsorgten seine Leiche in einer Weise, die man eigentlich nur von Psychopathen kennt. Der russische Journalist und Politiker Boris Nemzow befand sich auf dem Heimweg, als ein tschetschenischer Auftragskiller ihn auf der großen Moskwa-Brücke mit vier Schüssen in Kopf und Rücken tötete.

Es ist kein Zufall, dass von den genannten Kritikern nur der US-Amerikaner Snowden noch am Leben ist, genauso wie die Whistleblowerin Chelsea Manning. Auch in freien Gesellschaften gibt es Missstände, aber nur hier können sich an den Missständen im besten Fall neue Diskurse entzünden. Sie führen regelmäßig dazu, dass die Gesellschaft sich an ihren eigenen Ansprüchen misst, sich reformiert und von innen heraus verändert.